

Brexit eröffnet Chancen für Europa

Die EU, das Vereinigte Königreich und die Schweiz sollten ein umfassendes Marktöffnungsabkommen vereinbaren, das nur eine bedingte Personenfreizügigkeit vorsieht. **REINER EICHENBERGER**

Der Sommer 2016 hat europäische Geschichte geschrieben. Mit dem Brexit verlässt erstmals ein Mitglied die EU, und weitere Austritte werden wahrscheinlicher. Mit den Entwicklungen in der Türkei rücken ihr EU-Beitritt sowie eine Osterweiterung der EU in weite Ferne. In Frankreich illustriert das Scheitern der Arbeitsmarktreform, wie reformunfähig zentrale Mitgliedstaaten der EU geworden sind.

Diese Entwicklungen prägen auch das Verhältnis Schweiz-EU: Erstens nimmt mit dem Brexit die gefühlte Bedeutung der EU ab. Bisher flossen die Schweizer Exporte mehrheitlich in die EU. Nun gilt dies nur noch für einen Minderheitsanteil, der zudem viel langsamer wächst als die übrigen Exporte. Zweitens zeigt die britische Diskussion, wie kritisch viele mit der EU gut vertraute Politiker diese sehen. Drittens erscheint nach dem Brexit die Schweiz weniger als sonderbarer Nachzügler denn als Vorreiter und Vorbild. Viertens spiegelt der Brexit auch die Kraft der direkten Demokratie und ihren stillen Siegeszug in Europa. Sie breitet sich nicht nur auf lokaler Ebene in Deutschland und einigen anderen Ländern aus, sondern auch auf nationaler Ebene in ganz Europa.

Wie wird es nun weitergehen? Das hängt entscheidend davon ab, welche Zusammenhänge zwischen den drei Themen Brexit, Beziehungen EU-Türkei sowie Reformstau in Frankreich gesehen werden. Aus unserer Sicht hängen sie alle stark mit der heutigen, engen Auslegung der Personenfreizügigkeit zusammen. Der Brexit bietet aber eine goldene Gelegenheit, die Personenfreizügigkeit neu zu interpretieren.

Personenfreizügigkeit vs. Freihandel

Die Briten haben erlebt, dass Personenfreizügigkeit nicht wie oft behauptet analog zu Freihandel wirkt. Freihandel schafft bessere Import- und Exportmöglichkeiten. Die günstigeren Importe nützen den Konsumenten und ärgern die einheimischen Produzenten, die dafür aber neue Exportmöglichkeiten erhalten. Die zusätzlichen Importe bringen Druck auf die Preise und den Wechselkurs, was die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Exporte wachsen lässt. So bringt Freihandel im Regelfall ein symmetrisches Wachstum von Im- und Exporten und schafft Wirtschaftswachstum bei konstanter Einwohnerzahl, wodurch das Pro-Kopf-Einkommen steigt. Zwar erzeugt Freihandel Gewinner und Verlierer, doch die Gewinne sind grösser als die Verluste, sodass mit geeigneten Umverteilungsmassnahmen alle bessergestellt werden könnten.

Personenfreizügigkeit wirkt anders: Sie schafft bessere Ein- und Auswanderungsmöglichkeiten. Je besser aber die Politik und damit die Einkommen in einem Land sind, desto asymmetrischer wird die Zuwanderung dorthin. Asymmetrische Wanderungsströme bringen jedoch Überfüllungseffekte durch Verknappung von

Boden, Infrastruktur und Umwelt. Die Gesamtwirtschaft wird zwar durch die Zuwanderung aufgebläht, doch das Pro-Kopf-Einkommen wächst höchstens bei besonders hoch qualifizierter Einwanderung. Bei durchschnittlicher Qualifikation der Zuwanderer bleibt das Pro-Kopf-Einkommen bestenfalls konstant. Die grössten Gewinner der Personenfreizügigkeit sind die Einwanderer selbst. Werden ihre Nutzengewinne mitberücksichtigt, sind die Gewinne auch bei Personenfreizügigkeit klar grösser als die Verluste der Verlierer.

Allerdings können die Gewinne in der Praxis nicht einmal potenziell umverteilt werden, denn die EU-Auslegung der Personenfreizügigkeit lässt keinerlei Diskriminierung zwischen bestehenden Einwohnern und



«Dank Brexit und Masseneinwanderungsinitiative ergibt sich eine fruchtbare Alternative.»

neuen Einwanderern zu. Wenn also die ansässigen inländischen Arbeitnehmer unter der Zuwanderung leiden, können sie nicht durch gezielte Umverteilungsmassnahmen entschädigt werden.

Die Personenfreizügigkeit bedroht die EU nicht nur über allfällige Austritte, sondern mehr noch über ihre Wirkung in Ländern wie Frankreich oder Italien. Das Verbot expliziter Bevorteilung der Einheimischen hat dazu geführt, dass die Einheimischen zunehmend implizit geschützt bzw. die Zuwanderer implizit diskriminiert werden. Dabei dienen Mindestlöhne und Entlassungsschutz im Arbeitsmarkt sowie Mietpreisregulierung und Kündigungsschutz im Wohnraummarkt als Hauptinstrumente. Sie sind nach EU-Regeln zulässig, weil sie nicht explizit die Einheimischen bevorzugen, sondern «nur» ganz allgemein die bisherigen Arbeitsplatz- sowie Wohnungsinhaber gegenüber Neumarkteintretenden privilegieren – also gegenüber den potenziellen Zuwanderern wie auch gegenüber den einheimischen Jungen.

Als Folge öffnet sich in manchen EU-Ländern eine erschreckende Kluft zwischen Alt und Jung. Während viele ältere Personen auf überbezahlten Stellen und in grossen, viel zu billigen Wohnungen sitzen, hangeln sich die Jungen von Praktikum zu Praktikum und wohnen überbeuert zur Untermiete. Auch die schlechte Integration ganzer Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt, die eine der Ursachen von Extremismus ist, hat viel mit impliziten Diskriminierungsmassnahmen als Folge des Verbots expliziter Diskriminierung zu tun.

Natürlich heisst das Gesagte nicht, dass die Personenfreizügigkeit allein für die unsinnigen Regulierungen verantwortlich ist. Aber sie werden aktiv zur impliziten Diskriminierung von Zuwanderern eingesetzt. Illustrativ dafür sind auch die flankierenden Massnahmen in der Schweiz und der Mindestlohn in Deutschland, die ganz bewusst eingeführt wurden, um die Einheimischen vor den Auswirkungen freier Zuwanderung zu schützen.

Beitritt zur EU nicht mehr nötig

Die Entwicklung dieses Sommers bietet der EU eine einmalige Chance, ihre Probleme wirksam anzupacken. Es wäre im wirtschaftlichen und politischen Interesse der EU, mit der Türkei und auch anderen Nachbarstaaten wie der Ukraine oder den Mittelmeeranrainern umfassende Freihandelsabkommen abzuschliessen. Die übliche Prozedur dafür war bisher die Aufnahme in die EU, die diesen Ländern jedoch längerfristig auch die von ihnen ersehnte, aber von der EU gefürchtete Personenfreizügigkeit gebracht hätte. Bisher fiel es der EU schwer, Kandidatenländer wie die Türkei abzuwimmeln, weil sie ihnen keine Alternative zum EU-Beitritt bieten konnte, die nicht als Ausgrenzung wahrgenommen worden wäre.

Dank Brexit und Masseneinwanderungsinitiative ergibt sich nun eine fruchtbare Alternative. Die EU, Grossbritannien und die Schweiz sollten ein Marktöffnungsabkommen mit umfassender Handels- und Dienstleistungsfreiheit, doch nur bedingter Personenfreizügigkeit schliessen. Solange die Wanderungsströme ausgeglichen und symmetrisch sind, bleibt die Zuwanderung völlig frei. Mit zunehmender Asymmetrie der Wanderung und damit starkem Bevölkerungswachstum in den Zuwanderungsländern können zunehmende, zeitlich beschränkte Wanderungsabgaben von den Zuwanderern erhoben oder Sozialeleistungen eingeschränkt werden.

Mit solchen Übergangssystemen bestünde die Freizügigkeit im Sinn individueller Wanderungsfreiheit ohne bürokratische Vorgaben weiterhin, und ein Teil der Einnahmen aus den Wanderungsabgaben oder der Ersparnis an Sozialleistungen könnte zugunsten der Auswanderungsländer eingesetzt werden. In ein solches Abkommen wären die Türkei und andere EU-Nachbarn problemlos integrierbar. Schliesslich könnte die bedingte Personenfreizügigkeit auch auf die EU selbst übertragen werden. Solange die Wanderungsströme ausgeglichen sind, würde sich ja gar nichts ändern. Erst bei stark asymmetrischen Wanderungen griffe das System – aber dafür wären all die impliziten Diskriminierungsmassnahmen hinlänglich, die heute die Marktwirtschaft, den Wohlstand und den inneren Frieden zunehmend untergraben.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Üe. Mitverfasser David Stadelmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth.



SANDRO ROSA
Redaktor
zum Thema
Bargeldabschaffung

Kampf dem Bargeld

Am Klimawandel ist Bargeld nicht schuld – immerhin. Sonst aber ist die Liste seiner Verfehlungen lang: Korruption, Terrorismus, Steuerhinterziehung und die illegale Einwanderung gehen auf sein Konto. Das zumindest behauptet niemand Geringerer als Kenneth Rogoff, Harvard-Professor und ehemaliger Chefökonom des Internationalen Währungsfonds. All diese Übel lassen sich wirksam bekämpfen, indem man einfach das Bargeld abschafft. Oder wenigstens auf grosse Noten verzichtet und das Halten von Bargeld massiv erschwert. Kenneth Rogoff ist eine gewichtige Stimme im Club der Bargeldgegner.

Ist Geld also tatsächlich die Wurzel allen Übels? Natürlich, Kriminelle schätzen die Anonymität des Bargelds – das gilt aber für viele unbescholtene Bürger auch. Dass sich der Sumpf der Unterwelt mit der Abschaffung von Banknoten trockenlegen liesse, mutet reichlich naiv an.

Den Bargeldgegnern geht es gar nicht um die Sicherheit – zumal in den USA die Zahl der Gewaltverbrechen seit Jahren sinkt. Der wahre Grund für den Feldzug gegen Bares ist ein anderer: Sparer sollen daran gehindert werden, ihre Gelder zu «horten» und damit den Notenbanken das Leben unnötig schwer zu machen. Ist Cash erst einmal verbannt, lassen sich die Zinsen beliebig ins Negative senken – ausweichen kann man dann nur noch in den Konsum oder die Spekulation.

Ob dies das richtige Rezept ist, um nachhaltigen Wohlstand zu schaffen? Das darf bezweifelt werden. Zumal Kenneth Rogoff in seinen Forschungsarbeiten selbst gezeigt hat, dass das Wachstum leidet, wenn die Staatsverschuldung überhandnimmt. Bargeld schützt vor waghalsigen geldpolitischen Experimenten. Das wusste bereits Dostojewski, der einst schrieb, Geld sei «geprägte Freiheit».

Die Lektion aus dem Fall Venezuela

Der zerstörerische Chavismo zeigt das Schadenspotenzial, das dysfunktionale Glaubenssysteme für das Wohlergehen eines Landes haben. **RICARDO HAUSMANN**

Wenn wir von einem Unglück hören, das einem Freund zugestossen ist, fühlen wir Mitleid, und es wird uns schwindlig. Wir fragen uns, ob das auch uns selbst passieren könnte. Ist dieses Unglück das Ergebnis besonderer Charakteristika, die wir selbst zum Glück nicht haben? Oder sind auch wir verwundbar? Falls ja, können wir ein ähnliches Schicksal vermeiden?

Die gleiche Logik gilt für Länder. Am Wochenende des 16. und 17. Juli erhielten die Venezolaner die Gelegenheit, die Grenze nach Kolumbien für zwölf Stunden zu überschreiten (nun sollen die Grenzen schrittweise geöffnet werden). Das war ein Ereignis, das an den Fall der Berliner Mauer erinnerte. Über 135 000 Menschen nutzten diese Chance, um in Kolumbien Güter des täglichen Bedarfs einzukaufen. Sie reisten Hunderte Meilen und tauschten ihre Währung für 1% des offiziellen Wechselkurses, um Nahrungsmittel und Medikamente zu besorgen. Dennoch war es ihnen das wert, angesichts des Hungers, des Mangels und der Verzweiflung zu Hause.

Nicht nur ein Einzelfall

Die internationale Presse hat über den Zusammenbruch der Wirtschaft, des Gesundheitswesens, der Sicherheit, des Rechtsstaats und der Menschenrechte in Venezuela berichtet. All dies geschieht im Land mit den grössten Ölreserven der Welt, nur zwei Jahre nach dem Ende der längsten Ölpreishausse in der Geschichte. Könnte es auch anderswo geschehen?

Die Besonderheiten jedes Einzelfalls sind eben besonders und passen daher nirgendwo sonst. Doch das wiegt uns in Sicherheit. Bei genauerer Betrachtung bietet das Beispiel Venezuelas Lehren für andere Länder. Venezuelas Krise ist nicht das Resultat von Pech. Im Gegenteil, Glück bescherte dem Land das Seil, mit dem es sich selbst erhängt hat. Vielmehr ist die Krise das Ergebnis der Regierungspolitik.

«Ob eine Politik verrückt oder vernünftig erscheint, hängt vom jeweiligen Glaubenssystem ab.»

Im Fall Venezuelas umfasste diese Entzignungen, Preis- und Wechselkurskontrollen, zu hohe Kreditaufnahme in guten Zeiten, unternehmensfeindliche Regulierungen, Grenzschliessungen und weiteres dergleichen. Betrachten wir bloss diese kleine Absurdität: Präsident Nicolás Maduro hat sich mehrmals geweigert, Banknoten von höherem Nennwert drucken zu lassen. Die Banknote des höchsten Nennwerts gilt derzeit weniger als 0.10\$. Das wirkt im Zahlungssystem, im Betrieb der Banken und der Geldautomaten verheerend und ist ein Quell unsäglichen Ärgers für die Menschen.

Die relevante Frage lautet: Wieso verfolgt eine Regierung eine derart schädliche Politik? Und warum akzeptiert die Ge-

sellschaft das? Das Chaos, in das Venezuela gestürzt ist, scheint jenseits des Glaubhaften – doch in der Tat ist es ein Produkt des Glaubens.

Ob eine Politik verrückt oder vernünftig erscheint, hängt vom jeweiligen konzeptionellen Rahmen, vom Glaubenssystem ab, das wir verwenden, um das Wesen der Welt, in der wir leben, zu interpretieren. Was vor dem einen Muster verrückt wirkt, leuchtet vor dem anderen völlig ein.

Ein Beispiel: 1692 und 1693 beschuldigten sonst vernünftige Leute von Massachusetts einige Frauen der Hexerei und erhängten sie. Für jemanden, der nicht an Hexerei glaubt, ist das unverständlich. Doch wer glaubt, der Teufel existiere und bemächte sich der Seelen mancher Frauen, für den ist Hängen, Verbrennen oder Steinigen eine vernünftige Politik.

Das Paradigma des venezolanischen Chavismo legt Inflation und Rezession heimtückischem Verhalten der Geschäftswelt zur Last, was es unter Kontrolle zu bringen gelte – durch mehr Regulierung, Enteignung und Inhaftierung von Unternehmen. Die Zerstörung von Menschen und Organisationen wurde wahrgenommen als ein Schritt in die richtige Richtung. Das Land würde geheilt, in dem es die Hexen beseitigt.

Die Entwürfe, nach denen eine Gesellschaft ihre Lebenswelt zu erfassen versucht, sind nicht nur an wissenschaftlichen Tatsachen festgemacht, denn Wissenschaft kann bestenfalls den Wahrheitsgehalt individueller Glaubensinhalte bestätigen, sie kann aber nicht ein überwöl-

gendes Glaubenssystem konstruieren oder Ergebnissen bestimmter Politiken moralische Werte zuweisen.

In der Politik geht es um das Repräsentieren und Entwickeln alternativer Glaubenssysteme. Rafael Di Tella (Harvard) hat gezeigt, dass die grundlegende Bestimmungsgrosse öffentlicher Wahl von Politiken die Glaubensinhalte der Menschen sind. In Ländern, wo die Menschen die Armen als unglücklich betrachten, fordern sie Umverteilung, wo sie sie als faul betrachten, tun sie das nicht. Wo Menschen glauben, Unternehmer seien korrupt, wollen sie mehr Regulierung – bei mehr Regulierung sind die einzigen erfolgreichen Unternehmen korrupt. So können Glaubenssätze sich selbst verewigen.

Beispiele Trump, Brexit

Beispiel Donald Trump, der Präsidentschaftskandidat der Republikaner. Ihm und vielen seiner Anhänger zufolge werden die USA von Schwächlingen geführt, die sich ausnützen lassen von gerissenen ausländischen Mächten, die sich als Verbündete geben. Freihandel ist eine mexikanische Erfindung, um amerikanische Arbeitsplätze wegzunehmen. Die Erwärmung der Atmosphäre ist ein chinesischer Jux, um Amerikas Industrie zu zerstören.

Daraus folgt, dass die USA damit aufhören sollten, eine führende Rolle im Schaffen einer funktionierenden Weltordnung zu spielen, die auf allgemeinen Werten und Regeln basiert; sie sollten vielmehr ihre Macht benützen, um andere zu

unterwerfen. Unter dem gegenwärtigen Paradigma würde das gemäss Joseph Nye (Harvard) die einseitige Zerstörung von Amerikas wichtigster Quelle von «Smart Power» bedeuten. Doch in Trumps Welt-sicht wäre das ein Schritt voran.

Vieles davon gilt wohl auch für den britischen Entscheid, die EU zu verlassen. Sollten Einwanderer und EU-Regulierungen tatsächlich den Fortschritt des Landes blockieren, was implizierte, dass der Brexit einen Pfad zu höherem Wohlstand erschliessen wird? Oder ist der wirtschaftliche Abschwung seit der Abstimmung ein Zeichen dafür, wie wertvoll Integration und Bewegungsfreiheit der Menschen in Europa für die Vitalität Grossbritanniens waren?

Die Gefahr, die das Beispiel Venezuelas – und vielleicht bald auch Grossbritanniens – illustriert, ist diejenige des Schadenspotenzials, das dysfunktionale Glaubenssysteme auf das Wohlergehen eines Landes haben können. Der chavistische Glaube, der Venezuela zerstört hat, wird wahrscheinlich unter der Last seines katastrophalen Scheiterns zusammenbrechen. Die Lektion daraus für andere ist, wie kostspielig es werden kann, ein womöglich dysfunktionales Glaubenssystem zu übernehmen. Wenn es um grossangelegte Paradigmenwechsel geht, führt Venezuela vor Augen, wie unbezahlbar teuer solche Experimente werden können.

Ricardo Hausmann ist Professor für wirtschaftliche Entwicklung an der Universität Harvard. Copyright: Project Syndicate.